

**Dr. Thomas Gebhart**

- (A) tionen, moderne Technologie sind wesentliche Schlüssel zur Lösung der Probleme.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben uns in Deutschland mit der Energiewende längst auf den Weg gemacht. Es liegt an uns, zu zeigen, dass es geht, dass es gelingt, einen wachsenden Anteil an erneuerbaren Energien in Übereinstimmung zu bringen mit einer starken Wirtschaft, mit einer starken Industrialisation. Es ist unsere Aufgabe, dies zu zeigen. Nur wenn uns das gelingt, haben wir eine Chance, dass uns andere Länder folgen. Nur dann haben wir eine Chance, dass dieses Modell für andere attraktiv wird. Das haben in Lima die vielen Gespräche mit anderen Delegationen einmal mehr ganz klar und deutlich gezeigt.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Frau Baerbock, Sie sagten, die Kanzlerin nehme das Wort „Klimaschutz“ noch nicht einmal in den Mund. Ich sage Ihnen: Die Kanzlerin hat das Thema Klimaschutz längst in die Hand genommen. Wir handeln. Darauf kommt es letzten Endes an. Meine herzliche Bitte: Lassen Sie uns weiter daran arbeiten! Wir dürfen nicht nachlassen; denn es geht um sehr, sehr viel.

Da es die letzte Sitzung vor Weihnachten ist, wünsche auch ich uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

- (B) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Ich schließe die Aussprache.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 23 auf:

Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Kipping, Sabine Zimmermann (Zwickau), Klaus Ernst, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

### **Gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV**

#### **Drucksache 18/3549**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend  
Ausschuss für Gesundheit

Die Stimmung ist erkennbar friedlich. Es wäre dennoch ganz schön, wenn der Schichtwechsel zum nächsten Tagesordnungspunkt zügig zum Abschluss gebracht werden könnte, damit ich die erste Rednerin aufrufen kann. Das ist in diesem Fall die Kollegin Katja Kipping, die jetzt für die Fraktion Die Linke das Wort erhält.

(Beifall bei der LINKEN)

**Katja Kipping (DIE LINKE):**

Herr Präsident! Werte Damen und Herren! Vor knapp zehn Jahren trat das Vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt, eher bekannt unter dem Na-

- men Hartz IV, in Kraft. Wir nehmen dieses Jubiläum zum Anlass für eine kritische Bilanz. (C)

Herausgekommen ist ein System, mit dem die Arbeitslosen diszipliniert und bestraft werden.

So spricht inzwischen Peter Hartz über Hartz IV. Die Bilanz von Hartz IV ist also offensichtlich so verheerend, dass sich selbst der Namensgeber davon distanzieret.

(Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE]: Schämt, ja!)

Bei der Einführung vor über zehn Jahren hieß es: Die Hartz-Reformen sollen eine bessere Vermittlung in Arbeit ermöglichen. Tatsache ist jedoch: Im Vergleich zum Vorgängersystem hat sich die Verweildauer im Sozialsystem verlängert. Jeder zweite erwerbsfähige Betroffene ist länger als vier Jahre auf Hartz IV angewiesen. Von einer schnelleren Vermittlung kann also überhaupt gar keine Rede sein. Genau deswegen kann es nicht weitergehen mit Hartz IV.

(Beifall bei der LINKEN)

Außerdem hieß es bei der Einführung: Das Arbeitslosengeld II soll ausreichend materielle Sicherung gewährleisten. In der offiziellen Bilanz der Bundesagentur heißt es noch heute:

Die gute Idee der Grundsicherung war, ... eine angemessene Pauschale zu zahlen.

Eine „angemessene Pauschale“ – so weit die Theorie. Wer in der Praxis jedoch auf Hartz IV angewiesen ist, dem fehlt es oft an wirklich notwendigen Dingen. Beispielsweise fehlt jedem zweiten Betroffenen das Geld für notwendige medizinische Leistungen, die nicht von der Kasse übernommen werden. (D)

Falls einer hier im Saal ernsthaft meint, 391 Euro im Monat seien ausreichend, möchte ich ihn mit der Zusage einer 64-jährigen Frau konfrontieren. Renate S. schrieb mir vor einigen Tagen:

Ich lebe von Grundsicherung, bin 64 Jahre alt, habe gesundheitliche Probleme und sitze viel einsam in meiner Wohnung, weil ich am sozialen Leben nicht teilnehmen kann. Jetzt ist Weihnachten, und ich möchte gern meinen Sohn und meinen Enkel besuchen, weiß aber nicht, von was ich kleine Geschenke kaufen soll.

Eine Großmutter weiß nicht, wovon sie ihrem Enkel zu Weihnachten ein kleines Geschenk kaufen soll! Das ist die Realität von Hartz IV, und damit kann man sich nicht abfinden.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, Hartz IV, das bedeutet Armut statt gesellschaftliche Teilhabe, Bedarfsgemeinschaften mit schikanöser Überprüfung der Wohn- und Beziehungssituation statt individuelle Rechte, fragwürdige 1-Euro-Jobs statt gute Arbeit, statt ordentliche öffentliche Beschäftigung, Sanktionen statt soziale Grundrechte. Kurzum: Zehn Jahre Hartz IV sind zehn Jahre zu viel. Es ist höchste Zeit für einen sozialpolitischen Neustart,

(Beifall bei der LINKEN)

**Katja Kipping**

(A) auch deshalb, weil Hartz IV der Ideologie folgt, der Einzelne sei schuld an seiner Erwerbslosigkeit. Die Opfer des Arbeitsmarktes werden so noch als Schuldige abgestempelt. Ausdruck dieser falschen Ideologie ist die Sanktionspraxis.

Sanktionen bedeuten, dass das ohnehin niedrige Arbeitslosengeld II gekürzt werden kann – erst um 30, dann um 60 Prozent – und schließlich ganz weggestrichen werden kann. Allein die Androhung einer möglichen Sanktion hängt wie ein Damoklesschwert über den Betroffenen. Wo Existenzangst um sich greift, da verschärft sich das gesellschaftliche Klima. Mitmenschlichkeit, Humanität und Demokratie haben es deswegen umso schwerer, und darüber können wir nicht einfach hinweggehen.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Linke meint: Sanktionen untergraben das Grundrecht auf ein soziokulturelles Existenzminimum. Sie gehören deswegen abgeschafft, und zwar sofort.

(Beifall bei der LINKEN)

Da wir gerade über Sanktionen reden: Bemerkenswert ist doch, dass 44 Prozent der Klagen gegen Sanktionen ganz oder teilweise stattgegeben wird. Das heißt: Selbst gemessen an den harten herrschenden Gesetzen, werden viele Sanktionen noch zu Unrecht verhängt; und wir reden hier über Menschen, die kein finanzielles Polster haben. Deswegen meinen wir: Damit muss Schluss sein.

(B)

(Beifall bei der LINKEN)

„Die Würde des Menschen ist unantastbar“, so steht es in Artikel 1 unseres Grundgesetzes. Ich meine, daraus folgt auch: Die Würde eines Menschen hängt nicht davon ab, wie verwertbar er für den Arbeitsmarkt ist. Zu einem würdevollen Leben gehört auch das Recht, die eigene Erwerbsarbeit frei zu wählen, statt in irgendeinen schlecht bezahlten Job oder in irgendeine fragwürdige Maßnahme gepresst zu werden.

Zu einem würdevollen Leben gehört auch, dass alle, auch diejenigen, die keinen Erfolg auf dem Erwerbsarbeitsmarkt hatten, als Bürger bzw. Bürgerin aufrechten Ganges an der Gesellschaft teilhaben können und sich nicht aus Scham oder Geldnot in den eigenen vier Wänden verkriechen müssen. Auch deswegen sagen wir heute erneut: Hartz IV muss abgeschafft und durch gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung ersetzt werden. Unter 1 050 Euro im Monat droht Armut.

(Beifall bei der LINKEN)

Ja, werte Damen und Herren von der Sozialdemokratie, Hartz IV ist „zum Symbol für soziale Kälte“ geworden, so schrieb Andrea Nahles, die heutige Sozialministerin, noch im Jahr 2009. Wenn das mehr als Lyrik, mehr als purer Wahlkampf war, dann frage ich mich, warum Sie vor Hartz IV so dermaßen kapituliert haben, warum Sie keinerlei ernsthafte Veränderungen an Hartz IV vornehmen. Ich meine – man kann es nicht oft genug sagen –:

Zehn Jahre Hartz IV sind zehn Jahre zu viel. Es ist höchste Zeit für einen sozialpolitischen Neustart. Es ist an der Zeit, Hartz IV zu entsorgen und durch eine sanktionsfreie Mindestsicherung, die sicher vor Armut schützt, zu ersetzen.

(C)

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Als nächster Redner hat der Kollege Professor Matthias Zimmer das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bisweilen kann man eine gewisse Säuerlichkeit der Mitteilung bei denjenigen ausmachen, die mit großer Geste das Schlimmste prophezeit haben

(Zuruf von der LINKEN: Hat sich doch bewahrheitet!)

und nun konstatieren müssen, dass sie nicht nur Unrecht hatten, sondern dass sich alles zum Positiven gewendet hat.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Das ist aber sehr mutig! – Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist jetzt mutig!)

Eine solche Mitteilung in kurzer Form hat die Tageszeitung *Die Welt* angesichts des ersten Jahres der Großen Koalition am Mittwoch zum Besten gegeben. Dort heißt es beinahe ungläubig, im vergangenen Jahr seien 400 000 neue Arbeitsplätze entstanden,

(D)

(Zuruf von der LINKEN: Was denn für welche?)

trotz der Großen Koalition.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: „Trotz“ ist sehr richtig!)

Man spürt förmlich das Unbehagen des Schreibers, das ihm Unerklärliche erklären zu müssen. Aber mehr als die Erklärung, die Politik könne damit nichts zu tun haben, mehr will ihm nicht gelingen.

Ähnlich, nur umfangreicher, ist der Antrag der Linken, den wir beraten: eine einzige Abrechnung mit Hartz IV, und ein durchaus verzerrtes Bild. Die Wirklichkeit sieht so aus: Die Arbeitsmarktreformen waren erfolgreich, die Massenarbeitslosigkeit in Deutschland ist vorbei, viele Menschen haben in den letzten Jahren erfolgreich in Arbeit vermittelt werden können, heute haben so viele Menschen in Deutschland wie noch nie Arbeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Katja Kipping [DIE LINKE]: Zu was für Löhnen? Zu was für Preisen? Das Arbeitsvolumen hat nicht zugenommen!)

**Dr. Matthias Zimmer**

- (A) Und, verehrte Frau Kipping, das sieht auch Peter Hartz so.

Ich gebe zu, meine Damen und Herren, an der einen oder anderen Stelle haben wir nachsteuern müssen. Das betrifft etwa die Instrumentenreform, und wir sind in der Diskussion darüber, wie wir hier einige Dinge vereinfachen können.

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Herr Professor Zimmer, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):**

Aber selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Bitte.

**Matthias W. Birkwald (DIE LINKE):**

Vielen Dank, Frau Präsidentin. – Vielen Dank, Herr Kollege Zimmer, dass Sie die Zwischenbemerkung zu lassen. Es geht mir darum, Ihnen in kurzer Zeit vier Punkte zu nennen, zu denen ich Sie um eine kleine Stellungnahme bitte.

- (B) Sie haben eben zu Beginn Ihrer Rede auf die Zeitung *Die Welt* hingewiesen. Meine erste Bemerkung: Die Zeitung *Die Welt* hat heute ein Interview mit Peter Hartz veröffentlicht. Er wird unter anderem gefragt, was bei der Umsetzung der Beschlüsse der Hartz-IV-Kommission denn falsch gelaufen sei. Immerhin: Am 16. August 2002 hat Hartz hier in Berlin im Französischen Dom die Kommissionsergebnisse vorgestellt. Ich war damals dabei. Peter Hartz sagt in der *Welt*: Wir – also die Hartz-Kommission – haben damals – 2002, also vor zwölf Jahren – vorgeschlagen, Hartz IV auf einem deutlich höheren Niveau anzusetzen, nämlich bei 511 Euro. Wenn ich jetzt einmal die Inflation beiseitelasse und nur die Steigerung berücksichtige, die absolut vorgenommen worden ist, dann müsste der Hartz-IV-Regelsatz ab dem 1. Januar 2015 bei 565 Euro liegen. Das hat sozusagen der Chef dieser Kommission gefordert. Wir Linken fordern eine sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 500 Euro. Sie sehen: Wir sind eigentlich noch zu scheitern. Dazu bitte Sie ich einmal etwas zu sagen.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens sagt er zu den Vorschlägen der Hartz-Kommission:

Wir hätten Jobcenter und Arbeitsagenturen bei der Bundesagentur für Arbeit in einer Hand gelassen. Dass ein Teil der Jobcenter von den Kommunen betrieben wird, ist ineffizient.

Das ist ein Originalzitat von Peter Hartz. – Was sagen Sie dazu, dass es zu dieser völlig unsachlichen Trennung gekommen ist, nur weil die CDU/CSU das im Bundesrat hineinverhandelt hat? Darauf hätte ich gerne eine Antwort.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Dritte Bemerkung. In der *Frankfurter Allgemeinen* vom heutigen Tag wird darauf hingewiesen, dass es Verlierer und Verliererinnen und Gewinner und Gewinnerinnen von Hartz IV gibt. Hier steht – ich zitiere –, dass in Haushalten von Langzeitarbeitslosen die Dinge so liegen, dass „nur 13 Prozent der Gewinner“ sind, „drei Viertel dagegen mit der Reform um mindestens 25 Euro im Monat schlechter“ abschneiden, also 25 Euro und mehr im Monat weniger haben – das ist bei den Einkommensgrößen wirklich viel –, und vor allen Dingen Singles bzw. Alleinstehende Verlierer dieses Systems sind. Und – das steht da auch –:

Zu den Verlierern zählen ebenso ältere Langzeitarbeitslose.

Sie hätten nach dem alten System im Durchschnitt 1 200 Euro erhalten, heute haben sie nur noch 950 Euro. Insgesamt gesehen bedeutet Hartz IV laut diesem Artikel in der *Frankfurter Allgemeinen* für viele Menschen aus der Mittelschicht, die früher Arbeitslosenhilfe bezogen haben, eine deutliche Verschlechterung.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Redezeit!)

Wir müssen dabei auch berücksichtigen, dass Hartz IV auch Teil der Altersabsicherung ist, quasi der Grundversicherung im Alter. Der Satz liegt bundesweit im Durchschnitt bei gerade einmal 721 Euro; das Minimum sind jeweils 638 Euro durchschnittlich in Thüringen, und das Maximum sind durchschnittlich 816 Euro in Hamburg. Meine Damen und Herren, Herr Kollege Zimmer, stellen Sie sich vor: Davon müssen Sie Essen, Trinken, Kleidung und Miete bezahlen.

(D)

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Fragen!)

– Ich habe drei Minuten, Frau Kollegin.

(Dr. Matthias Bartke [SPD]: Ist das jetzt eine Rede? – Dagmar Ziegler [SPD]: Das ist eine neue Rede! Das geht gar nicht!)

Theoretisch müssen auch noch Heizung, Energie, Warmwasser und das, was wir gesellschaftliche Teilhabe nennen und normale Menschen Cappuccino, Oper, Kino oder Bier nennen, bezahlt werden. Ich weiß nicht, wie Sie hier im Saal das von 721 Euro hinkriegen wollen.

Letzte Bemerkung. Ich finde es absolut zynisch, dass die Bundesagentur für Arbeit eine Karte mit der Aufschrift „10 Jahre Hartz IV“ als Weihnachtskarte verschickt. Das ist wirklich zynisch. Hartz IV hat keine Probleme gelöst. Hartz IV hat einen riesigen Niedriglohnsektor hervorgebracht, Leute in Armut gestürzt. Angesichts dessen auch noch so eine Weihnachtskarte zu verschicken, finde ich unmöglich. Auch dazu hätte ich gerne eine Bemerkung von Ihnen.

Ich freue mich auf Ihre Antworten.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

(A) **Dr. Matthias Zimmer** (CDU/CSU):

Herzlichen Dank, Herr Kollege Birkwald. – Ich glaube, das war die längste Zwischenfrage, die ich jemals zu Gehör bekommen habe.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich bin versucht, das mit der längsten Antwort zu bedenken, die es im Deutschen Bundestag je gegeben hat. Aber im Geiste vorweihnachtlicher Freude halte ich meine Antwort auf diese Fragen eher kurz.

Erster Punkt. Ich nehme mit großem Vergnügen zur Kenntnis, dass Peter Hartz um eine Ehrenmitgliedschaft bei den Linken zukünftig vermutlich nicht herumkommen wird. Ich halte trotzdem aber 511 Euro für deutlich zu hoch, und zwar schlicht und einfach, weil es zwischen einer Sozialfürsorgeleistung und einem Arbeitsentgelt einen Abstand geben muss, damit sich die Aufnahme der Arbeit auch lohnt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Als zweiten Punkt sprachen Sie das Interview mit Peter Hartz an, in dem er sagt, Jobcenter und Arbeitsagenturen sollten in einer Hand bleiben. Ich komme aus dem Bundesland Hessen, in dem es die meisten Optionskommunen in der Bundesrepublik gibt. Ich halte es noch nicht für ausgemacht, dass die Bilanz so eindeutig ist. Ich kenne Optionskommunen, die hervorragend arbeiten, die effizient und schnell Menschen wieder in Arbeit bringen, und ich kenne ganz normale Kommunen, in denen das nicht der Fall ist. Insofern, glaube ich, sollten wir uns das sehr genau anschauen und hier nicht pauschal darüber urteilen, was richtig und was falsch ist.

(B)

Der letzte Punkt, den ich hier aufgreifen will: Gewinner und Verlierer. Auch ich habe den Artikel in der *FAZ* gelesen. Dort steht aber auch, lieber Herr Kollege Birkwald, dass das Institut der deutschen Wirtschaft Folgendes festgestellt hat:

Die Hälfte der Bezieher der sozialen Mindestsicherung hätte heute allen Grund, eine „Abschaffung“ von Hartz IV zu fürchten.

Aber genau das fordern Sie ja heute. Weiter heißt es:

Zugleich wären ohne Hartz IV mehr Menschen einem Armutsrisiko ausgesetzt.

Das zeigt mir ganz deutlich: Ihr ganzer Antrag ist ideologisch bedingt und hat mit der Wirklichkeit in diesem Lande nichts zu tun.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Wir würden ja eine Mindestsicherung einführen!)

Meine Damen und Herren, ich gebe zu: Wir haben bei Hartz IV und der Arbeitsmarktreform an der einen oder anderen Stelle nachsteuern müssen.

Das betrifft die Instrumentenreform; darüber diskutieren wir im Moment.

Das betrifft Missbrauch. Wir haben Missbrauch bei der Arbeitnehmerüberlassung unterbunden, und wir werden uns auch die Werkverträge noch einmal genau ansehen.

(C)

Und wir haben einen gesetzlichen Mindestlohn beschlossen. Er wird ab 1. Januar 2015 weitgehend gelten. Der Mindestlohn ist von einer übergroßen Mehrheit in unserer Bevölkerung begrüßt worden, und wir haben ihn mit einem breiten Konsens im Deutschen Bundestag verabschiedet.

Der Mindestlohn ist normativ geboten und ordnungspolitisch richtig. Deshalb fehlt mir ein wenig Verständnis, wenn es einige gibt, die im Mindestlohn einen Fremdkörper in der sozialen Marktwirtschaft sehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Erst recht aber fehlt es mir an Verständnis, wenn der FDP-Vorsitzende Lindner

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist gar nicht hier und hat auch keinen Antrag gestellt!)

sich in einem Interview wie folgt äußert: Die Tatsache, dass der Mindestlohn mit nur fünf Gegenstimmen beschlossen worden ist, sei, so Lindner, nicht nur Politik wie in der DDR-Volkskammer, sondern auch ein Abstimmungsergebnis wie in der Volkskammer. – Ich bin mir sicher, dass Herr Lindner den Unterschied zwischen Volkskammer und Bundestag kennt.

(Zuruf der Abg. Dr. Gesine Löttsch [DIE LINKE])

(D)

Einen Unterschied will ich ihm aber noch erklären: In der Volkskammer hatten die Liberalen eine Bestandsgarantie, im Deutschen Bundestag nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN – Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die CDU auch!)

Im Deutschen Bundestag gilt, was auch in der Wettbewerbsordnung der sozialen Marktwirtschaft gilt: Wer ein Produkt anbietet, das keiner haben will, scheidet aus dem Markt aus. Offensichtlich sind schneidig-rittmeisterliche Herablassung und eine Politik der sozialen Kälte keine nachgefragten Produkte im politischen Wettbewerb – und das ist auch gut so.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Aber zurück zum Antrag der Linken. Darin enthalten ist ein alter Bekannter: die sanktionsfreie Mindestsicherung. Diese haben Sie schon oft gefordert, aber durch stetige Wiederholung wird das Argument nicht besser.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Hat beim Mindestlohn auch geklappt! – Katja Kipping [DIE LINKE]: Die Geschichte des Mindestlohns sagt etwas anderes!)

**Dr. Matthias Zimmer**

- (A) Darauf will ich kurz eingehen. Ich denke, da ist zunächst einmal das Argument, dass eine sanktionsfreie Mindestsicherung der erste Schritt in ein bedingungsloses Grundeinkommen ist.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das steht da nicht drin!)

Das halte ich für grundsätzlich falsch und verderblich. Es löst nämlich letztendlich den engen Zusammenhang von Arbeit und Einkommen auf – und das wollen wir nicht.

Ein zweites Argument. Laut einer Umfrage aus Nordrhein-Westfalen empfindet die übergroße Mehrzahl der Langzeitarbeitslosen Sanktionen als gerechtfertigt, auch wenn sie selbst davon betroffen sind. Warum sie dies tun, bleibt zunächst offen. Man kann vermuten, dass viele im Inneren davon überzeugt sind, dass der Staat für Leistungen auch Gegenleistungen erwarten kann und dass dies für ein geordnetes Gemeinwesen legitim ist, wenn und solange diese Gegenleistungen erbracht werden können. Wenn schon die Betroffenen selbst ganz überwiegend der Meinung sind, dass Sanktionen legitim sind, warum sollten wir daran rütteln? Würden wir damit nicht einen moralischen Konnex auflösen, der für die meisten Menschen auch heute noch selbstverständlich ist?

Und, noch einen Schritt weitergehend: Lösen wir, wenn wir Sanktionen ganz fallen lassen, nicht auch den Kontext der Legitimation bei denjenigen auf, deren Steuergelder Hartz IV finanzieren? Sind es nicht gerade die Sanktionen, die für die Leistungserbringer ein wichtiges Argument dafür sind, dass es im Bereich der Sozialfürsorge auch fair zugeht? Brauchen wir die Sanktionen nicht auch, um diesen Leistungserbringern deutlich zu machen: „Wir gehen sorgfältig mit dem Steuergeld um und wollen Missbrauch unterbinden“?

- (B)

(Zuruf von der LINKEN: Was ist mit dem Grundgesetz?)

Das bedeutet freilich nicht, dass wir uns die Wirksamkeit der Instrumente und auch der Sanktionen nicht genauer anschauen. Da ist es zunächst richtig, die Eingliederungsvereinbarungen als das Herzstück der Integration in den Arbeitsmarkt zu stärken und deutlich zu machen, wann und unter welchen Umständen Sanktionen erfolgen können oder werden. Das gibt beiden Seiten Verhaltenssicherheit und sorgt hoffentlich auch für ein Stück mehr Rechtssicherheit.

Sanktionen sind keine Strafen, die vom Himmel fallen, sondern eine Rechtsfolge und damit folgerichtig.

(Zuruf von der LINKEN: Leider sind 44 Prozent falsch!)

Die Androhung von Sanktionen ist Ausdruck einer gerechtfertigten Erwartungshaltung, insofern diese mit einer staatlichen Leistung verknüpft werden. Sie sind integraler Bestandteil des Begriffs der Solidarität dort, wo das Prinzip der Gegenseitigkeit gilt. Der Verzicht auf Sanktionen wäre im Ergebnis eine Auflösung der gesellschaftlichen Solidarität. Ich frage mich ernsthaft, wie

eine Partei, für die der Begriff der Solidarität so zentral ist, dies wollen kann. (C)

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Weil Existenzangst nichts mit Solidarität zu tun hat!)

Wir als Union, für die Solidarität ein Gestaltungsprinzip der Gesellschaft ist, wollen das nicht.

Ich glaube, wir sind mit dem, was wir bereits verabschiedet haben und was wir im Koalitionsvertrag noch vereinbart haben, auf einem guten Weg zur Vollbeschäftigung und zur Annäherung an das Ideal guter Arbeit. Wenn wir dafür von der publizistischen Rechten, der politischen Linken und den liberalen Marktradikalen gescholten werden, zeigt mir das: Wir liegen mit unserer Politik gar nicht so falsch. „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“, heißt es. Die Marktradikalen und die Linken haben nur Dörrobst anzubieten:

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Zurufe von der LINKEN)

Das ist zu wenig für eine wahrhaft soziale Marktwirtschaft und eine moderne Gesellschaft wie die Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Jetzt spricht Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn vom Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): (D)

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Damen und Herren! Die ehrliche Bilanz von zehn Jahren Hartz IV, so ist gesagt worden: Das heißt, bei Hartz IV war nicht alles schlecht, liebe Katja Kipping. Es haben tatsächlich Leute davon profitiert, die verdeckte Armut ist gesunken. Aber, lieber Matthias Zimmer: Es ist auch nicht alles gut – wahrlich nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Katja Kipping [DIE LINKE]: Aber du kennst doch die Studie von Irene Becker! Also, Wolfgang!)

Die Armut ist gestiegen, die Langzeitarbeitslosigkeit hat sich verfestigt, und die Existenzängste in diesem unserem Land haben zugenommen; auch das muss man zur Kenntnis nehmen. Unsere Position dazu ist, dass Hartz IV tatsächlich grundlegend reformiert werden muss.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In dem Antrag, den die Linken vorlegen, findet man viel Altes, viele Forderungen, die sie schon immer erhoben haben. Eine Stelle ist aber interessant. Der Satz „Das Hartz-IV-System muss weg“ steht nach wie vor drin, aber neuerdings heißt es „mittelfristig“. Mittelfristig soll Hartz IV abgeschafft werden. Das heißt, da gibt es jetzt eine gewisse Anschlussfähigkeit an die SPD und an uns. Und kurzfristig soll es eine Hartz-IV-Reform geben. Ich werte das als weiteren Schritt in Richtung Realitätstauglichkeit.

**Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn**

- (A) (Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie wäre es mit einem Koalitionsangebot?)

Das erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Kanzlerin Merkel die Wahl 2017 nicht wieder gewinnt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was Sie vorschlagen, ist aber durchaus problematisch. Sie fordern einen Regelsatz von 500 Euro. Das bedeutet – da gebe ich dem Kollegen Zimmer durchaus recht –, dass der Anreiz, zu arbeiten, geringer bzw. die Belohnung von Arbeit schwieriger wird. Die Hartz-IV-Hürde zu überwinden, wird damit noch schwieriger. Und zur Finanzierung sagt die Linke – wieder einmal – auch nichts.

Ich beschränke mich nur auf vier Punkte, die aus unserer Sicht geändert werden sollten:

Erstens. Der Regelsatz ist deutlich zu niedrig; er reicht für soziokulturelle Teilhabe nicht aus. Deswegen muss der Regelsatz sehr schnell deutlich erhöht werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Punkt zwei. Das ganze System ist viel zu kompliziert. Wir haben ein sehr komplexes, sehr intransparentes System der Grundsicherung eingeführt. Das muss dringend entschlackt, entbürokratisiert und vereinfacht werden, und zwar, damit der Zugang zu Hartz IV vereinfacht werden kann, vor allen Dingen aus Sicht der Betroffenen und nicht, wie es die Bundesregierung vorhat, nur aus Verwaltungssicht. Das Interesse der Betroffenen muss da im Vordergrund stehen.

- (B)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Punkt. Wir müssen dafür sorgen, dass sich Tätigkeiten, Erwerbstätigkeit und eigene Aktivitäten, mehr lohnen und stärker belohnt werden. Es kann nicht sein, dass wir mittlerweile eine Niedriglohnfalle haben, in der Leute infolge von Aufstockung und Hartz-IV-Bezug stecken bleiben. Diese Niedriglohnfalle müssen wir dringend überwinden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Mindestlohn war hier ein Schritt in die richtige Richtung.

(Beifall der Abg. Dr. Matthias Bartke [SPD])

Wir finden es aber wichtig und richtig, dass sich auch Teilzeiterwerbs- und selbstständige Tätigkeiten lohnen. Diese müssen stärker belohnt werden.

Punkt vier. Es ist wichtig, das Ziel der Existenzsicherung bei der Grundsicherung wieder nach vorne und ins Zentrum zu stellen. Das ist das eigentliche Ziel der Grundsicherung. Ehrlicherweise muss man sagen: Die Vermischung von Existenzsicherung und Arbeitsmarktpolitik war auch ein Fehler, über den wir noch einmal nachdenken müssen.

An dieser Stelle ist es für uns auch wichtig, dass wir über das gesamte Sanktionsregime noch einmal grundlegend nachdenken. Deswegen fordern wir ein Sanktions-

moratorium, dass also die Sanktionen ausgesetzt werden und noch einmal genau darüber nachgedacht wird, wie man ein Sanktionsregime so ausgestaltet, dass der Grundbedarf, der zur soziokulturellen Teilhabe notwendig ist, tatsächlich immer gesichert ist. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind für uns die zentralen Punkte. Für uns steht die Freiheit des Einzelnen, des Individuums, im Mittelpunkt. Eine stabile Grundsicherung ist die Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Das ist für uns das Wichtigste.

In diesem Sinne wünsche ich uns allen frohe Weihnachten.

Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Als nächster Redner spricht Dr. Martin Rosemann von der SPD.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Dr. Martin Rosemann (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Im Antrag der Linken werden ja viele Aspekte der Grundsicherung für Arbeitsuchende angesprochen. Deshalb will ich als erster Redner der SPD auch etwas grundsätzlicher auf die Reformen und ihre Wirkungen eingehen. (D)

Um es gleich am Anfang klar zu sagen: Die Arbeitsmarktreformen der rot-grünen Bundesregierung waren in ihrem Grundsatz richtig und notwendig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Erinnern wir uns einmal zehn Jahre zurück: Die Arbeitsmarktreformen wurden nicht aus Jux und Tollerei gemacht, sondern sie waren die Konsequenz daraus, dass die Sockelarbeitslosigkeit in unserem Land von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus immer weiter zugenommen hat. Heute können wir sagen, meine Damen und Herren: Genau das haben wir mit den Arbeitsmarktreformen beendet.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deutschland ist damit vom kranken Mann Europas zum starken Mann Europas geworden, und kein anderes Land in Europa hat die Finanz- und Wirtschaftskrise so gut überstanden wie Deutschland.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Zuruf von der LINKEN: Gut für die Besserverdienenden, aber nicht für die Arbeitslosen!)

Darauf sind wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten stolz.

(Zuruf von der LINKEN: Das ist ja das Schlimme!)

**Dr. Martin Rosemann**

- (A) Meine Damen und Herren, die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war, ist und bleibt richtig, auch schon deshalb, weil wir damit Hunderttausenden von Menschen überhaupt erst den Zugang zur Arbeitsförderung ermöglicht haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Natürlich haben wir auch Fehler gemacht; das bleibt bei einer solch umfassenden Reform nicht aus.

Es war ein Fehler, nicht bereits mit der Einführung von Hartz IV einen gesetzlichen Mindestlohn als untere Auffanglinie einzuführen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben diesen Fehler aber erkannt und korrigiert. Ab dem 1. Januar kommenden Jahres gilt ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn in Deutschland, und das ist verdient und nicht geschenkt.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ja, es war auch ein Fehler, bei der Leiharbeit Ausnahmen vom Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit im gleichen Betrieb“ vorzusehen. Auch diesen Fehler haben wir erkannt. Deshalb werden wir im kommenden Jahr gemeinsam mit unserem Koalitionspartner die Leiharbeit regulieren und die Werkverträge gleich mit.

- (B) (Beifall bei der SPD sowie der Abg. Maria Klein-Schmeink [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Das ist noch nicht sicher! – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Schauen wir mal! – Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Allein, mir fehlt der Glaube!)

Ja, es ist eine andauernde Aufgabe, im Zusammenhang mit dem SGB II die Rechtspraxis für die Jobcenter handhabbar zu machen und den betroffenen Menschen immer wieder zu ihrem Recht zu verhelfen. Deswegen haben wir die Praktiker sprechen lassen, und wir werden im kommenden Jahr die Vorschläge der Arbeitsgruppe „Rechtsvereinfachung im SGB II“ umsetzen. Alle Vorschläge dienen dem Bürokratieabbau in den Jobcentern. Viele der Vorschläge verbessern die Situation der Leistungsbeziehenden. Besonders wichtig für meine Fraktion ist es, bei den Sanktionen zu einer besseren Praxis zu kommen und insbesondere die verschärfte Sanktionierung von Jugendlichen zu beenden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Das müssen wir aber auch noch einmal diskutieren!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, wir müssen auch einmal die Kirche im Dorf lassen. Sie reden immer vom Sanktionsregime. Ich glaube, die Öffentlichkeit sollte wissen, dass die Sanktionsquote bei gerade einmal 3 Prozent liegt.

- (Katja Kipping [DIE LINKE]: Aber es ist ein Damoklesschwert!) (C)

Ich finde, die größte und wichtigste Aufgabe ist es – das kommt in Ihren Reden leider immer wieder zu kurz –, Menschen, die im ALG-II-Bezug sind, wieder eine wirkliche Perspektive auf dem ersten Arbeitsmarkt zu eröffnen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei sind wir nicht ganz erfolglos gewesen. Die Quote der Langzeitarbeitslosen ist von 2007 bis 2013 von 4,1 Prozent auf 2,5 Prozent zurückgegangen. Darauf ruhen wir uns aber nicht aus, weil wir erkennen, dass es seit 2011 kaum noch Verbesserungen gibt. Da wollen wir ansetzen.

Meine Damen und Herren, Langzeitarbeitslosigkeit hat viele Gesichter: die Alleinerziehende ohne Ausbildung mit schlechten Deutschkenntnissen, den 55-Jährigen mit gesundheitlichen Einschränkungen und veralteten Qualifikationen oder den unter 25-Jährigen ohne Ausbildung mit Bewährungsaufgaben und Schuldenproblemen. Deshalb brauchen wir individuelle Antworten. Genau da setzen wir Sozialdemokraten, da setzt unsere Ministerin mit ihrem Eckpunktepapier zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit an.

(Beifall bei der SPD)

Das verlangt drei Dinge:

- (D) Erstens eine gute Beratung und Betreuung in den Jobcentern. Deswegen haben wir den Personalkörper stabilisiert. Deswegen lassen wir 1 000 Stellen aus dem Programm „50plus“ im System. Deshalb setzen wir auf Personalentwicklung und Qualifizierung.

Zweitens ein besseres und zielgenaueres Fördern. Das heißt zum Beispiel die Förderung einer Ausbildung über das Programm „Zweite Chance“. Das heißt zum Beispiel auch eine engere Verzahnung von Arbeits- und Gesundheitsförderung oder die gezielte Akquise von Stellen für Langzeitarbeitslose mit begleitendem Coaching und Nachbetreuung.

Drittens Angebote für diejenigen, die trotz aller Bemühungen keine Chance auf dem ersten Arbeitsmarkt haben. Deswegen werden wir ein zusätzliches Programm mit 10 000 Stellen und Lohnkostenzuschüssen von bis zu 100 Prozent auflegen.

Meine Damen und Herren, wenn ich den Antrag der Linken lese, muss ich sagen: Deutlich zu kurz gesprungen. Unsere Arbeitsministerin ist in ihrem Handeln heute bereits deutlich weiter, als Sie verbal gekommen sind.

(Beifall bei der SPD – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Und die Erde ist eine Scheibe!)

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen allen ein frohes Weihnachtsfest.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Als nächster Redner spricht der Kollege Matthäus Strebl von der CDU/CSU.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Matthäus Strebl (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beraten heute über den Antrag mit dem Titel „Gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV“ der Fraktion Die Linke. Inhaltlich sehe ich relativ wenig Neues; denn Ihre Forderungen ähneln doch sehr Ihren bisherigen Anträgen.

Natürlich geht es wieder um Themen wie die Abschaffung von Arbeitslosengeld II und Sanktionen, Weiterbildung für alle Leistungsempfänger, Stärkung von Rechtspositionen und so weiter. Alles nichts Neues, was Sie nicht schon einmal gefordert haben und womit wir uns nicht schon wiederholt beschäftigt haben. Bei dieser Gelegenheit möchte ich einmal fragen, wie oft man eigentlich inhaltsgleiche Anträge stellen darf.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Bis sie umgesetzt werden!)

Erst gestern Abend haben wir zu später Stunde ebenfalls einen Antrag der Fraktion Die Linke, der schon einmal gestellt wurde, beraten.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben Sie gestern in Ihrer Rede schon einmal gesagt! Wie oft darf man eigentlich die gleiche Rede halten?)

**(B)**

Ich vermute, es wird nicht das letzte Mal sein, dass wir uns mit einem ähnlichen Antrag von Ihnen beschäftigen werden.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann machen Sie es einfach kurz!)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, hervorheben möchte ich, dass sich die Große Koalition natürlich auch mit diesen Themen der Arbeitsmarktpolitik ausführlich beschäftigt, jedoch unter anderen Gesichtspunkten. Trotz der guten Arbeitsmarktzahlen gehört die Langzeitarbeitslosigkeit zu den großen Herausforderungen, denen wir uns mit aller Anstrengung widmen müssen und widmen werden. Lassen Sie mich auf einige Ihrer ohnehin bekannten Forderungen eingehen.

Sie fordern die Abschaffung der Bedarfsgemeinschaft.

(Zuruf von der LINKEN: Gute Sache!)

Damit ignorieren Sie die Lebenswirklichkeit. In einer durchschnittlichen Familie kann doch von dem wechselseitigen Willen ausgegangen werden, dass jeder füreinander einsteht und Gegenstände des täglichen Lebens teilt. Anscheinend bewerten Sie das bei Familienmitgliedern im Leistungsbezug anders.

Ich habe mich im Deutschen Bundestag bereits mehrfach zu Sanktionen beim Arbeitslosengeld II geäußert.

Ich habe mir zwar jedes Mal auch die Argumente der Fraktion Die Linke anhören müssen, meine Meinung hat sich aber nicht geändert. **(C)**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, bei den Sanktionen handelt es sich um eine notwendige Konsequenz bei Fehlverhalten, von der im Übrigen – in Anführungszeichen – nur 3 Prozent aller Leistungsbezieher betroffen sind. Es handelt sich also nicht um eine Problematik, von der die breite Masse der Gesellschaft oder auch alle Leistungsbezieher betroffen sind. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Jobcentern reagieren nur mit Kopfschütteln auf Ihre Vorschläge.

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Herr Strebl, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kipping zu?

**Matthäus Strebl (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin, ich möchte meine Rede im Zusammenhang vortragen.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Die Erwerbslosen müssen flexibler sein als Sie!)

Jedes Fehlverhalten im Leben hat eine Konsequenz, und jedes Mitglied der Gesellschaft muss einen Beitrag leisten. Wenn wir Sanktionen abschaffen, dann können wir fast das bedingungslose Grundeinkommen einführen. Das würde aber den Menschen eine falsche Botschaft vermitteln. Es würde den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern suggerieren: Wer arbeitet, ist der Dumme. Und den Leistungsbeziehern würden wir den Eindruck vermitteln: Deutschland braucht euch eigentlich nicht, und wir erwarten nichts mehr von euch. **(D)**

Ich wehre mich vehement gegen die Aussage, dass die Einführung von Hartz IV zu einer Entrechtung der Leistungsbezieher führt.

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Fragen Sie die mal!)

Wir leben weiterhin in einem Rechtsstaat, in dem die Bürgerinnen und Bürger ihre durch das Grundgesetz und in anderen Gesetzen verankerten Rechte wahrnehmen können.

Beim Arbeitslosengeld II besteht eben auch das Nachrangigkeitsprinzip. Das heißt, zunächst müssen das eigene Ersparnis und andere Sozialleistungen zur Finanzierung des Lebensunterhaltes in Anspruch genommen werden. Sind andere Mittel nicht vorhanden, können Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes beantragt werden. Dazu gehört auch, die Hilfebedürftigkeit offenzulegen. Dieses Vorgehen halte ich für naheliegend. Wenn Sie beispielsweise bei einer Bank einen Kredit beantragen, müssen Sie auch Ihr Einkommen offenbaren.

Zum Schluss: Ich halte Ihre umfangreichen Forderungen für nicht finanzierbar und der Bevölkerung für nicht vermittelbar. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Die Kollegin Kipping erhält das Wort zu einer Kurzintervention.

(Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Sie hat doch schon gesprochen! – Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Weihnachten hätte so schön werden können!)

**Katja Kipping (DIE LINKE):**

Werter Kollege, Sie waren nicht so flexibel, eine Zwischenfrage zuzulassen. Von den Erwerbslosen verlangen Sie deutlich mehr Flexibilität.

(Beifall bei der LINKEN – Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Das ist eine freie Entscheidung! Das hat mit Flexibilität gar nichts zu tun!)

Sie haben über Bedarfsgemeinschaften gesprochen und uns unterstellt, dass wir nicht wissen, dass Menschen in Familien füreinander eintreten. Das wissen wir natürlich. Aber ich glaube, man muss noch einmal ausführen, was „Bedarfsgemeinschaft“ – das ist ein sehr bürokratischer Begriff – eigentlich heißt. Es bedeutet, dass Menschen, die zusammenleben, automatisch unterstellt wird, dass es sich um eine Einstandsgemeinschaft handelt. Davon sind auch sehr unterschiedliche Formen des Zusammenlebens betroffen.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Eine alleinerziehende Mutter lernt einen neuen Partner kennen, der bereits ein Kind aus einer vorangegangenen Beziehung hat. Die beiden ziehen zusammen, was in einer solchen Situation wahrscheinlich ohnehin keine leichte Entscheidung ist, und in dem Moment wird automatisch das Einkommen des neuen Partners auf ihre Regelleistungen angerechnet, obwohl er womöglich noch Unterhaltspflichten gegenüber dem anderen Kind hat. Das führt dazu, dass auch Leute mit einem sehr geringen Einkommen mit für die anderen aufkommen müssen, was eine enorme finanzielle Einbuße bedeutet. Sie müssen auch für die neu hinzugekommenen Kinder in den Patchwork-Familien haften.

Was Sie den Menschen durch das Konstrukt der Bedarfsgemeinschaft abverlangen, bedeutet, dass sie sich sehr schnell auf Armut einlassen müssen, wenn sie zusammenziehen. Deswegen steht die Bedarfsgemeinschaft der Bildung von Familien entgegen und ist alles andere als familienfreundlich.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Herr Strebl, möchten Sie antworten? – Gut. Dann fahren wir in der Debatte fort. Als nächste Rednerin hat Sabine Zimmermann von der Linken das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Professor Zimmer, ich schätze Sie sehr, aber ich glaube, dass Sie unseren Antrag nicht gele-

sen oder nicht begriffen haben. Es geht hier nicht um das bedingungslose Grundeinkommen, (C)

(Beifall des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

sondern darum, dass die Menschen eine menschenwürdige Existenzsicherung sanktionsfrei bekommen. Es geht darum, dass die Menschen ihr Leben in Würde gestalten können. Begreifen Sie endlich, dass es nicht um das bedingungslose Grundeinkommen geht!

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren von der Großen Koalition, Sie sagen: Zehn Jahre Agenda 2010 einschließlich Hartz-Reformen sind ein Grund zum Feiern. Wir sagen: Dank der Hartz-Reformen ist die Spaltung zwischen Arm und Reich in diesem Land viel größer geworden.

(Beifall bei der LINKEN – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Das ist eine Mär!)

Sie sagen: Mit 43 Millionen gibt es so viele Erwerbstätige wie nie zuvor.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Richtig!)

Wir sagen: Die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden ist heute genauso hoch wie im Jahr 2000. Also hat das Arbeitsvolumen nicht zugenommen. Die vorhandene Arbeit ist bloß auf mehr Schultern verteilt worden.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Das wollten Sie doch die ganze Zeit! – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Die Produktivität ist gestiegen!)

Die Menschen haben teilweise zwei oder drei Jobs, um leben zu können, meine Herren. (D)

(Beifall bei der LINKEN)

Sie sagen: Deutschland ist dank der Agenda gut durch die Krise gekommen, und davon profitieren die Menschen. Wir sagen: Wovon profitieren denn etwa 13 Millionen von Armut bedrohte Menschen? Das ist jeder Sechste in unserem Land. Über 2 Millionen Kinder leben in Armut. Das ist beschämend für ein reiches Land wie Deutschland.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Es reicht eben nicht, wenn es der Wirtschaft und den Banken gut geht und dabei die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinandergeht.

Meine Damen und Herren der Sozialdemokratie, es ist beschämend für eine sozialdemokratische Arbeiterpartei, so etwas überhaupt in Deutschland initiiert zu haben.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN – Lachen bei der CDU/CSU)

– Sie brauchen gar nicht zu lachen. Sie alle in diesem Hohen Hause sind daran beteiligt, nur die Linke nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Jetzt haben wir aber Angst!)

Sabine Zimmermann (Zwickau)

- (A) Professor Zimmer, Sie sagen, dass wir ein katastrophales Bild zeichnen, das durch die Wirklichkeit nicht gedeckt ist. Ich sage Ihnen: Jede unserer Aussagen ist überprüfbar und durch Fakten gedeckt.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Deshalb haben Sie nur 8 Prozent!)

Sie weigern sich, die Realität wahrzunehmen, weil Sie die hässlichen Flecken auf der Agenda 2010 nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Wir haben Ihnen die Realität gezeigt und erklärt, wie es wirklich ist. Aber das wollen Sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der LINKEN – Albert Stegemann [CDU/CSU]: Das ist der Treppenwitz des Tages!)

Sie machen sich die Welt, wie sie Ihnen gefällt.

Ein Beispiel. Kürzlich hat mir eine alleinerziehende Mutter, die mit ihren drei Kindern – eines davon chronisch krank – auf Hartz IV angewiesen ist, berichtet, dass ihr der Strom abgestellt wird, weil sie ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen kann.

(Zuruf von der LINKEN: Unglaublich!)

Sie sagen wahrscheinlich, dass das ein Einzelfall ist. Ich sage Ihnen: Die Bundesnetzagentur zählt für 2013 344 798 Stromsperrern. Ist das sozial?

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] – Kai Whittaker [CDU/CSU]: Das sind nicht nur Hartz-IV-Empfänger!)

(B)

– Nein, es geht nicht nur um Hartz IV, wie Sie immer denken. Vielmehr geht es darum, wie die Agenda 2010 auf Deutschland und die Gesellschaft gewirkt hat. Das müssen Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eines der reichsten Länder der Erde darf nicht so mit den schwächsten Mitgliedern der Gesellschaft umgehen. Das ist eine Frage des Anstandes und der Menschenwürde.

(Beifall bei der LINKEN)

Mit der Agenda 2010 haben Sie zuerst und vor allem das Vorurteil von den faulen Leistungsempfängern in der Hängematte bedient. „Fördern und Fordern“ war Ihr Slogan. Gefördert haben Sie tatsächlich und haben Ihre Forderungen häufig genug mit Sanktionen durchgesetzt. Auf das Fördern warten viele Erwerbslose bis heute vergeblich. Angesichts der Kürzungen in der Arbeitsmarktpolitik ist in Zukunft keine Förderung mehr möglich.

Zuletzt haben Sie von der CDU/CSU vor allen Dingen das Hohelied auf die Flexibilisierung durch die Agenda 2010 gesungen. Was bedeutet denn Flexibilisierung? Ich will Ihnen das sagen: Der Anteil des Niedriglohnbereichs hat über die Jahre deutlich auf 24 Prozent zugenommen. Deutschland hat übrigens den größten Niedriglohnbereich in Europa.

(Albert Stegemann [CDU/CSU]: Aber die geringste Arbeitslosigkeit!) (C)

Ja, das ist wahrscheinlich der große Erfolg von Hartz IV; denn das Hartz-IV-System ist ein wesentlicher Motor der Niedriglöhne. Durch die Abschaffung jedweder Zumutbarkeitskriterien werden die Menschen gezwungen, nahezu jede Beschäftigung anzunehmen. Ansonsten droht ihnen der Entzug ihrer Existenzgrundlage. Das ist Erpressung und nichts anderes. Das verkaufen Sie als Erfolgsmodell. Es ist unfassbar!

(Beifall bei der LINKEN)

Deshalb war und ist Hartz IV ein Generalangriff auf das Lohnniveau. 1,2 Millionen abhängig Beschäftigte können von ihrem Lohn nicht leben und beziehen ergänzende Hartz-IV-Leistungen, oft schon seit vielen Jahren. Mancher Arbeitgeber sagt sogar: Du bekommst von mir 5 Euro, und den Rest holst du dir vom Amt.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Haben wir doch abgestellt!)

Ist das die Form, die Sie sich vorstellen?

(Dr. Matthias Bartke [SPD]: Noch zwei Wochen, und dann gibt es den Mindestlohn!)

Soll der Staat die Löhne in Milliardenhöhe subventionieren?

(Beifall bei der LINKEN)

2,5 Millionen Beschäftigte gehen mittlerweile einem Zweitjob nach. Es ließe sich noch viel dazu sagen: steigende Altersarmut, zunehmende Überschuldung. Aber aus Zeitgründen lasse ich das weg. (D)

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Das ist die Rede vom letzten Jahr!)

– Nein. Herr Rosemann, hören Sie mir zu, dann kann ich Ihnen das erklären. – Mit Hartz IV wurde vor allem eines erreicht: Der soziale Konsens in diesem Lande wurde aufgekündigt.

(Beifall bei der LINKEN)

Das hat zu einer tiefen Verunsicherung der Menschen geführt.

Ich fasse zusammen. Hören Sie auf, Hartz IV über den grünen Klee zu loben. Dieses System gehört endlich abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN)

Das ist ganz einfach – hören Sie mir zu! Darüber können Sie unter dem Weihnachtsbaum nachdenken –:

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Seien Sie nicht so oberlehrerhaft!)

Erstens. Ersetzen Sie Hartz IV durch eine sanktionsfreie menschenwürdige Mindestsicherung.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sie lassen keine andere Meinung gelten!)

Zweitens. Stellen Sie die Schaffung von guter Arbeit in den Mittelpunkt. Dazu gehört auch ein Mindestlohn,

**Sabine Zimmermann (Zwickau)**

- (A) der flächendeckend ist und der keine Ausnahmen hat, der zumindest so hoch ist, dass man dadurch nicht in Altersarmut gerät. Nehmen Sie Geld für die Arbeitsmarktpolitik in die Hand, anstatt die Erwerbslosen abzuschreiben. So geht eine erfolgreiche Politik mit links. Denken Sie darüber nach.

Ich wünsche Ihnen schöne Weihnachten.

(Beifall bei der LINKEN)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Als nächster Redner spricht der Kollege Dr. Matthias Bartke von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Dr. Matthias Bartke (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende Antrag der Linken ist ein echter Rundumschlag.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Fehlschlag!)

Es geht nach dem Motto: Was ich immer schon einmal sagen wollte. – Sie behaupten, eine kritische Bilanz des Hartz-IV-Systems zu ziehen. Das machen Sie aber nicht. Was Sie machen, ist, eine reine Anklageschrift zu verlesen. Kritisch Bilanz ziehen, heißt, Positives und Negatives gegeneinander abzuwägen.

Ich sage Ihnen: Die seinerzeitige Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe war die größte Sozialrechtsreform in der Bundesrepublik Deutschland.

- (B)

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Leider!)

Damit wurden zwei Systeme zusammengelegt, die praktisch identisch waren, aber völlig losgelöst voneinander gewesen sind.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die waren sehr unterschiedlich!)

Vor allem für ehemalige Sozialhilfebezieher bedeutete das in der Regel durchaus eine Einkommensverbesserung. Das ist übrigens in der *FAZ* von heute nachzulesen. Herr Birkwald, Sie haben den Artikel zitiert. Ich war relativ irritiert darüber, wie Sie den Artikel zusammengefasst haben, insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Überschrift des Artikels lautete: „Hartz IV hat die Ärmsten reicher gemacht.“

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Reicher gemacht?)

– Reicher gemacht! So ist der Titel des Artikels.

Sie kritisieren in Ihrem Antrag, dass die Hartz-IV-Reform ein Anwachsen des Niedriglohnsektors bewirkt hat. Ich sage Ihnen: Das trifft zu. Das war eine Fehlentwicklung. Wenn man merkt, dass sich Dinge falsch entwickeln, dann muss man reagieren. Wir haben reagiert, und wir haben gegengehalten, und am 1. Januar 2015 wird es den gesetzlichen Mindestlohn geben.

- (Beifall bei der SPD – Katja Kipping [DIE LINKE]: Mit ein paar Ausnahmen für Langzeiterwerbslose!) (C)

Das Gleiche gilt für die Leiharbeit. Leiharbeit ist durchaus in vielen Fällen sinnvoll. Die Zahl der Leiharbeiter ist aber in den letzten Jahren dramatisch angestiegen, geradezu explodiert. Das heißt, dass wir auch hier gegensteuern müssen.

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Herr Dr. Bartke, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Zimmermann zu?

**Dr. Matthias Bartke (SPD):**

Ja, gerne.

**Sabine Zimmermann (Zwickau) (DIE LINKE):**

Vielen Dank, lieber Kollege Bartke, dass Sie die Zwischenfrage zulassen. – Nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Niedriglohnschwelle bei 10,36 Euro liegt und dass man 10,36 Euro in der Stunde sein Leben lang verdienen müsste, um später nicht in Altersarmut zu fallen? Wie bewerten Sie in diesem Zusammenhang den Mindestlohn von 8,50 Euro?

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Matthias Bartke (SPD):**

Ich halte einen Mindestlohn von 8,50 Euro als Lebensarbeitsperspektive auch nicht für sinnvoll. Ich möchte, dass die Menschen mehr Geld verdienen, aber ich glaube, dass 8,50 Euro erst einmal ein sinnvoller Einstieg sind und danach durchaus mehr Geld verdient werden sollte. Nur, von vornherein den Mindestlohn auf über 10 Euro festzusetzen, halte ich für falsch. Übrigens hat die Hamburger Linke einen Mindestlohn von 13,50 Euro gefordert. Sie packen immer wieder etwas obendrauf, also eine nach oben offene Lohnskala. Das kann so nicht funktionieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Ich sage Ihnen: Wir prüfen das Hartz-IV-System sehr kritisch. Ein Teil dieser Prüfung beinhaltet die Auswertung der Ergebnisse der Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Rechtsvereinfachung im SGB II. Die Arbeitsgruppe bestätigt uns in der Einschätzung, dass besonders das Sanktionssystem so nicht fortgeführt werden kann. Es ist zu kompliziert und zu intransparent; aber vor allem wird es von vielen Betroffenen als repressiv wahrgenommen. Das war nicht die Idee, und das muss geändert werden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

„Fördern und Fordern“ funktioniert nur, wenn in beide Richtungen interagiert wird. Wir werden daher künftig den Beratungen und den daraus resultierenden Eingliederungsvereinbarungen einen deutlich höheren Stellenwert beimessen.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Matthias Bartke**

- (A) Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe fordert überdies die Abschaffung des Sondersanktionssystems für Jugendliche. Ich sage Ihnen: Das ist eine richtige Forderung.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Menschen nicht verlieren zu wollen, ist gerade bei Jugendlichen von besonderer Bedeutung. Eine härtere Sanktionierung von Jugendlichen widerspricht jeder pädagogischen Erziehung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Durch harte Sanktionen geht Vertrauen verloren, und es bauen sich Mauern auf. Die Mitarbeiter in den Job-Centern werden von den Jugendlichen nicht mehr als Berater, sondern als Bestrafer wahrgenommen. Das kann so auf keinen Fall weitergehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe rät überdies dazu, die Kürzungsmöglichkeiten bei den Kosten für die Unterkunft aufzuheben. Auch diesen Rat sollten wir beherzigen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Es mag Konstellationen geben, bei denen die Betroffenen hartnäckige Kooperationsverweigerer sind. Das sind aber die völligen Ausnahmen. Es gibt viel mehr Fälle, in denen Menschen ihr Leben nicht mehr in den Griff bekommen, ihre Post nicht mehr öffnen, nicht mehr miteinander kommunizieren und auf der Schwelle zur Verwahrlosung stehen. In solchen Fällen kann die Streichung der Leistung für Unterkunft der entscheidende Schritt in die Obdachlosigkeit sein. Diesen Schritt müssen wir verhindern.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Deswegen: in solchen Fällen nicht mehr Sanktionen, sondern mehr Sozialarbeit.

(Beifall bei der SPD)

Unser Ziel ist es, Menschen in Arbeit zu bringen, und zwar in Arbeit zu guten Bedingungen. Diesen Anspruch untermauern wir mit konkreten Ergebnissen und nicht mit unrealistischen Forderungen.

Am 1. Januar 2015 gibt es zum ersten Mal in Deutschland einen gesetzlichen Mindestlohn; man kann das gar nicht oft genug wiederholen. Jeder Mensch weiß: Ohne die deutsche Sozialdemokratie gäbe es diesen Mindestlohn nicht.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei Abgeordneten der LINKEN)

Gute Arbeit zu guten Bedingungen, das ist unser Anspruch seit 150 Jahren.

Meine Damen und Herren, ich danke Ihnen und wünsche Ihnen ein friedvolles Weihnachtsfest.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

(C)

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Brigitte Pothmer von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Brigitte Pothmer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, den Generalverriss von Hartz IV teile ich in der Tat nicht. Ich finde, das Bild ist deutlich differenzierter. Liebe Kollegin Zimmermann, auch Sie müssen einmal zur Kenntnis nehmen, dass Sie nicht die alleinige Definitionsmacht über die Wirklichkeit haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der CDU/CSU und der SPD)

In diesem Bundestag gilt das Motto „Die Partei hat immer recht“ auch für die Linke nicht.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Es ist doch richtig – dem können Sie doch nicht wirklich widersprechen –: Die Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe war ein Fortschritt für die Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger.

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Das ist richtig! – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Fragen Sie die doch mal!)

Das zentrale Politikversagen von Hartz IV liegt aus meiner Sicht woanders: darin, dass das Teilhabe- und Aufstiegsversprechen, das mit Hartz IV gegeben worden ist, nicht erfüllt worden ist. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2,8 Millionen Menschen bewegen sich länger als vier Jahre im Hartz-IV-System. Für sie ist der Hartz-IV-Bezug eben keine vorübergehende schwierige Zeit in ihrem Leben, sondern für sie war Hartz IV das, was ihre Wirklichkeit ausmacht. Sie konnten sich eben nicht, wie es ihnen versprochen wurde, mit Unterstützung und durchaus auch mit eigener Anstrengung aus diesem System befreien. Für sie ist Hartz IV eine Sackgasse. Für sie gilt das Motto „Einmal Hartz IV, immer Hartz IV“. Was das angeht, sind Sie als Große Koalition in der Verantwortung, und daran werden wir Sie messen.

Das wesentliche Problem bei Hartz IV liegt in der Umsetzung. Die versprochene Ausgewogenheit zwischen Fordern und Fördern hat es nie gegeben und gibt es, lieber Herr Rosemann, bis heute nicht.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Daran arbeiten wir ja!)

Da ist die Politik nicht vertragstreu. Da wären auch einmal Sanktionen angemessen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch immer noch so, dass es die verschärften Sanktionen für unter 25-Jährige gibt. Es ist doch so, dass in den letzten Jahren rabiate Kürzungen bei der Arbeitsförderung stattgefunden haben. Daran haben auch Sie

**Brigitte Pothmer**

- (A) nichts geändert. Da kann es Sie doch nicht wundern, dass ein Bild von Hartz IV entstanden ist, das als ungerecht und repressiv empfunden wird. Das muss grundlegend geändert werden. Dafür brauchen wir einen echten Paradigmenwechsel, insbesondere in der Arbeitsförderung.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lieber Herr Rosemann, wenn ich von Paradigmenwechsel in der Arbeitsförderung rede, dann meine ich nun wirklich nicht das Miniprogramm, das Frau Nahles vorgelegt hat. Es setzt doch nur das Programmhopping der Vorgängerregierung fort und trägt nicht zu strukturellen Verbesserungen in diesem Bereich bei. Wenn ich von einem Paradigmenwechsel in der Arbeitsförderung rede, dann meine ich: Wir müssen endlich weg von der Devise „Hauptsache in Arbeit vermittelt, egal wie lange dieser Arbeitsplatz behalten werden kann“. Ich sage Ihnen: Wir müssen weg von einem Vermittlungsvorrang hin zu einem Investitionsvorrang. Wir müssen in die Arbeitslosen investieren, damit diese wirklich langfristig auf dem Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Sie brauchen Qualifikationen, die nachgefragt werden.

(Dr. Martin Rosemann [SPD]: Ausbildungs-förderung!)

Wir müssen Schluss machen mit der On-off-Beschäftigung. Das wäre Ihre Aufgabe.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Ich sage Ihnen noch etwas: Wir sollten uns jetzt endlich einmal ehrlich machen. Wir wissen doch längst, dass es für ganz viele Menschen – 200 000, eher 400 000 – keine Chance gibt, mittel- oder langfristig im ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Für diese Menschen brauchen wir ein Angebot: Das ist der soziale Arbeitsmarkt. Dafür brauchen wir den Passiv-Aktiv-Transfer. Dazu hat Frau Nahles nichts vorgelegt.

Ich mache Ihnen jetzt einmal einen ganz konkreten Vorschlag: Herr Alt von der Bundesagentur für Arbeit hat uns vorgerechnet, dass die Einführung des Mindestlohns bei den Ausgaben für das Arbeitslosengeld II eine Einsparung in Höhe von 700 bis 900 Millionen Euro erbringen würde. Dieses Geld gehört den Arbeitslosen. Lassen Sie uns dieses Geld nehmen und es in die Arbeitsförderung, in den Bereich der Qualifizierung und in den Aufbau eines sozialen Arbeitsmarktes investieren. Das ist doch ein Angebot, das Sie nicht ablehnen können. Schlagen Sie ein. Das wäre ein echtes Weihnachtsgeschenk für die Langzeitarbeitslosen.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Als nächster Redner hat der Kollege Albert Stegemann von der CDU/CSU das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Albert Stegemann (CDU/CSU):**

(C)

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am letzten Plenartag hier im Hohen Haus reden zu dürfen, ist besonders in diesem Jahr eine große Ehre. Wir blicken auf ein ereignisreiches Jahr – insbesondere für die Mitglieder des Sozialausschusses – zurück. Wir haben die erste Rentenverbesserung der vergangenen Jahre beschlossen. Darüber hinaus gilt ab dem 1. Januar des kommenden Jahres ein bundesweit einheitlicher Mindestlohn. Dies ist ein klares Zeichen unserer Gesellschaft, dass Lohndumping nicht Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Im Ergebnis steht ein Resultat, mit dem man sehr zufrieden sein kann. Davon werden viele Menschen in unserem Land profitieren.

Ich denke, dass auch Sie, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von den Linken, dem so zustimmen können. Ich möchte nur ungern Wasser in den Wein der vorweihnachtlichen Harmonie gießen, aber Ihr Antrag, auch wenn er nicht wirklich viel Neues zu bieten hat, liest sich wie ein deutlich zu üppig geratener Wunschzettel an das Christkind. Bereits in der Einleitung fordern Sie schlichtweg, Transferleistungen massiv auszubauen, ohne Möglichkeiten für eine Gegenfinanzierung aufzuzeigen. Zugleich wollen Sie die Anreize für den Wiedereinstieg in das Arbeitsleben abschaffen.

Bei Ihnen heißt es weiter, für den Bezug staatlicher Leistungen seien nicht die eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse entscheidend; nein, Sie erheben die individuellen Ansprüche zum Maßstab der staatlichen Fürsorge. Vielen Dank für den Blick auf Ihr politisches Betriebssystem!

(D)

Selbst für den Laien wird hier offensichtlich: Dies kann nicht funktionieren, und das sollte auch nicht Ziel einer nachhaltigen Politik sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Geht es bei der Existenzsicherung wirklich darum, individuellen Ansprüchen gerecht zu werden, oder geht es nicht vielmehr darum, den unschuldig in Not geratenen Menschen vor menschenunwürdigen Bedingungen zu schützen? Es ist doch nicht Aufgabe einer Solidargemeinschaft, einen einmal erworbenen Lebensstil bis auf den Sankt-Nimmerleins-Tag festzuschreiben.

Liebe Freunde der Linken, auch wenn das Weihnachtsfest vor der Tür steht: Wir sind doch hier nicht bei „Wünsch dir was“. Schließlich ist es doch so: Jeder Euro, der ausbezahlt wird, muss erst einmal von jemandem erwirtschaftet werden. Bitte verschonen Sie mich an dieser Stelle mit dem Vorwurf, dass dies Stammtischniveau sei! Nein, das hat ganz grundlegend etwas mit dem gesunden Menschenverstand zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Die marxistische Präambel ist hier aber noch nicht zu Ende.

(Zurufe von der LINKEN)

**Albert Stegemann**

- (A) Sie enthält aberwitzige Analysen der arbeitsmarktpolitischen Realität. So sind laut Ihrem Antrag „das kapitalistische Wirtschaftssystem und die neoliberale Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich“. Aha, Massenarbeitslosigkeit.

Es geht sogar noch weiter. Sie sagen, die jetzige Bundesregierung wolle unter dem Motto „Fördern und Fordern“ nur eines, nämlich die Opfer des Arbeitsmarktes zu den Schuldigen der Arbeitsmarktkrise umdeuten. Sagen Sie einmal: Wann haben Sie denn den Antrag verfasst?

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: In welchem Land?)

Mit 43 Millionen Beschäftigungsverhältnissen, davon 32 Millionen sozialversicherungspflichtig, steht der Arbeitsmarkt so robust da wie nie zuvor.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

Wir haben mit unter 3 Millionen Erwerbslosen eine so niedrige Arbeitslosenzahl wie noch nie, und Sie sprechen von Massenarbeitslosigkeit und Arbeitsmarktkrise.

(Dr. Matthias Bartke [SPD]: Das ist ein Textbaustein!)

2005, bei Einführung des SGB II, waren übrigens über 5 Millionen Menschen ohne Arbeit. Deswegen frage ich Sie, ob dieser Antrag vielleicht aus jener Zeit stammt. Glauben Sie ernsthaft, dass es außerhalb Ihrer Fraktion auch nur eine Handvoll Menschen gibt, die Ihnen wirklich abnimmt, dass Sie den Arbeitsmarkt besser im Griff hätten?

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Jawohl! Wenn wir die alle holen, passen die in den Raum hier nicht rein!)

Aber was fordern Sie? Sie fordern den Jobkiller Nummer eins: den gesetzlichen Mindestlohn von 10 Euro.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Ach, so denken Sie über den Mindestlohn!)

Also, effektiver kann man Arbeitsplätze wohl kaum vernichten!

Dann haben Sie die glorreiche Idee, höhere tarifliche Mindestlöhne in den betreffenden Branchen für allgemeinverbindlich zu erklären.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Sie sollten weiter vorlesen!)

Ehrlich gesagt, ich habe mich beim Lesen des Antrags an dieser Stelle auf den Arm genommen gefühlt. Das ist doch wohl nicht Ihr Ernst?

(Beifall bei der CDU/CSU – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Doch! Völliger Ernst!)

Dann wollen Sie die Rahmenfrist beim Arbeitslosengeld I auf drei Jahre erweitern und zudem einen öffentli-

chen Beschäftigungssektor in der Größenordnung von 200 000 Stellen aufbauen. (C)

(Zuruf des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

Damit sollen die vorübergehenden 1-Euro-Jobs dauerhaft auf 10-Euro-Jobs ausgeweitet werden. Löblich, löblich!

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das, was Matthias Zimmer neulich gesagt hat!)

Nur fehlt mir an dieser Stelle die Fantasie, um zu sagen, wie hoch der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung werden würde.

Dann wollen Sie auch die Sanktionen bei Hartz IV abschaffen; dazu ist einiges gesagt worden. Zusammengefasst: Wir wollen den Jobcentern lediglich Spielräume ermöglichen, um Menschen wieder dauerhaft in Arbeit zu bringen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der hier zu beratende Antrag ist bei genauer Betrachtung mehr als ein üppiger Wunschzettel an das Christkind. Er ist ein Angriff auf die soziale Marktwirtschaft, wie wir sie kennen.

(Lachen bei der LINKEN)

Der Antragsteller stellt das Grundprinzip der Eigenverantwortung auf der einen Seite und der Verantwortung für andere auf der anderen Seite infrage.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Helau!)

Sie sind davon überzeugt, dass es für eine Leistung keiner Gegenleistung bedarf. (D)

Sich auf die Solidarität der Gemeinschaft zu verlassen, ohne seine eigenen Möglichkeiten und Talente mit einzubringen, das wird unser politisches System nicht nur überfordern; nein, das entspricht auch nicht der Menschenwürde, auf die Sie sich hier paradoxerweise berufen. Arbeitslose sind schließlich keine Opfer, die alimentiert werden müssen. Sie wollen und sie müssen wieder in den Arbeitsmarkt integriert werden.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Martin Rosemann [SPD])

Wir wollen ein System, in dem nicht jeder Stütze bezieht, sondern eines, in dem jedermann dazu befähigt wird, zu einer Stütze der Gesellschaft zu werden. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass dieses Menschenbild der Würde des Menschen am nächsten kommt und nur dieses politische Weltbild eine Zukunft hat. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Gleichzeitig wünsche ich uns allen ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Rutsch ins neue Jahr. Ich freue mich auf eine gute Zusammenarbeit im nächsten Jahr.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Als nächster Redner spricht Markus Paschke von der SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Markus Paschke (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Anfang der Woche kannte ich nur die Überschrift: „Gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV“.

(Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Das ist doch gut, oder?)

Ich habe mir gedacht: Es ist gut, hier im Bundestag einmal über gute Arbeit zu reden.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Als ich den Antrag dann das erste Mal gelesen habe, dachte ich: Irgendetwas ist hier falsch gelaufen. Das ist doch die Vorlage für die Jahrespressekonferenz der Linken, auf der noch einmal zusammengefasst wird, was im Laufe des Jahres so alles an Anträgen gestellt wurde. Also, nach der Freude kam die Enttäuschung.

Aber bleiben wir beim Thema „gute Arbeit“. Ich zeige Ihnen einmal am Beispiel der Bundesregierung, was gute Arbeit ist:

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU – Sabine Zimmermann [Zwickau] [DIE LINKE]: Er schafft es in die *heute-show* heute Abend!)

**(B)**

Stichwort „Rente“. Das erste große Gesetzesvorhaben der Großen Koalition war das Rentenpaket.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt kommt das, was die SPD das ganze Jahre über gemacht hat! Das ist die Jahrespressekonferenz der SPD!)

Zu diesem Paket gehören die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren, die höhere Mütterrente, Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente und die Erhöhung des sogenannten Rehabudgets.

(Zuruf von der SPD: Gute Arbeit geleistet!)

Seit langem mal wieder keine Kürzungen, sondern Verbesserungen bei der Rente, also ein Trendwechsel.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Das Rentenpaket ist die Anerkennung für die Arbeit und die Leistung vieler Menschen. Kurz gesagt: Das Rentenpaket ist nicht geschenkt, sondern verdient.

(Beifall bei der SPD)

Stichwort „Mindestlohn“. Es ist dieser Regierung, also der Regierung, die Sie so gern der Tatenlosigkeit beschuldigen, und insbesondere unserer Arbeitsministerin Andrea Nahles zu verdanken, dass in Deutschland der Mindestlohn nach langer Diskussion endlich eingeführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist eine historische Entscheidung, auf die ich und meine Fraktionskolleginnen und -kollegen zu Recht stolz sind. **(C)**

(Beifall bei der SPD)

Wir haben den Mindestlohn eingeführt. Das zähle ich eindeutig zu der von Ihnen geforderten guten Arbeit.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Wir haben Sie zum Jagen getragen!)

Stichwort „Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit“. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles hat vor kurzem ihr Maßnahmenpaket zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit vorgestellt.

(Brigitte Pothmer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war ein Bild des Jammers!)

Neben dem Aufbau von Aktivierungszentren und einem Arbeitsmarktprogramm für Langzeitarbeitslose zählen weitere Maßnahmen zu dem breiten Ansatz, mit dem wir die Chancen der Betroffenen verbessern werden.

(Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der ist eher schmal als breit!)

Mit den Vorschlägen von Andrea Nahles ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung getan.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin überzeugt, dass fast alle Sozial- und Arbeitsmarktpolitiker gern noch mehr tun würden. Aber lieber heute das Machbare umsetzen, als für morgen das Paradies versprechen und gar nichts tun! **(D)**

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Viele Menschen werden von der guten Arbeit der Bundesregierung in diesem Jahr profitieren, und wir werden auch 2015 diesen Weg fortsetzen.

(Jörn Wunderlich [DIE LINKE]: Keine Drohung!)

In Ihrem Antrag, werte Kolleginnen und Kollegen von der Linken, sprechen Sie auch Themen an, die wir, wie Sie wissen, längst bearbeiten: Rechtsvereinfachungen im SGB II, Förderung von guter Arbeit, Ausweitung der Rahmenfrist. Über all dies wird in den Koalitionsparteien seit langem diskutiert. Wir diskutieren, weil gute politische Arbeit auch gründliche Arbeit ist.

Aber natürlich ist damit die Arbeit für die Menschen in unserem Land nicht getan; Sie können sicher sein, dass wir Schritt für Schritt unsere gesteckten Ziele umsetzen werden.

(Beifall bei der SPD)

Gute Arbeit ist mehr, als einen ganzen Katalog Weihnachtsgeschenke zu versprechen, wenn man nicht in der Verlegenheit ist, sie einlösen zu müssen.

(Beifall bei der SPD – Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU]: Die Linken glauben doch gar nicht an den Weihnachtsmann!)

**Markus Paschke**

- (A) Nehmen Sie sich ein Beispiel an Ihrem Genossen Ramelow, der in Thüringen mit der rot-rot-grünen Koalition das Wünschenswerte mit dem Machbaren abwägt.

(Beifall bei der SPD – Katja Kipping [DIE LINKE]: Ich bin immer dafür, dass Sie Herrn Ramelow loben!)

Gute Arbeit in der Politik funktioniert so: gesagt, getan, gerecht.

(Beifall bei der SPD)

Da dies meine letzte Rede in diesem Jahr ist,

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Dem Lob für Herrn Ramelow schließen wir uns ausdrücklich an!)

möchte ich an dieser Stelle allen Zuhörerinnen und Zuhörern geruhige und vor allem friedliche Feiertage sowie einen guten Rutsch ins neue Jahr wünschen, damit wir auch 2015 unsere gute Arbeit fortsetzen können.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Als nächste Rednerin spricht Christel Voßbeck-Kayser von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) **Christel Voßbeck-Kayser (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! „Alle Jahre wieder“, so lautet der Anfang eines schönen Weihnachtsliedes. Aber bei Ihrer wiederkehrenden Liederplatte, Kollegen und Kolleginnen der Fraktion Die Linke, geht es mir nicht so. Seit 2010 in Ihren Anträgen immer wieder die gleichen Themen: Abschaffung von Sanktionen, Mindestsicherung und Mindesteinkommen.

(Sabine Weiss [Wesel I] [CDU/CSU]: Es wird dadurch nicht besser!)

Der Antrag, der uns heute vorliegt, trägt die Überschrift „Gute Arbeit und eine sanktionsfreie Mindestsicherung statt Hartz IV“.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Was bedeutet „sanktionsfreie Mindestsicherung“?

(Kai Whittaker [CDU/CSU]: Nur der Titel ändert sich, der Inhalt bleibt gleich!)

Ohne Wenn und Aber, ohne Bedingungen, egal wie man sich verhält: Man soll auf jeden Fall Geld vom Staat bekommen. Ich kann nur sagen: schön märchenhaft – mehr nicht.

(Beifall bei der CDU/CSU – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: So wie viele Unternehmer!)

Auch wenn Sie diesen Antrag jedes Jahr wiederholen, so ändert sich unsere Position nicht und wird sich auch nicht ändern; denn wir halten das Prinzip des Forderns

und Förderns für ein geeignetes Instrument. Dieses Prinzip spiegelt die Realität der Arbeitswelt wider. Warum sollen Menschen, die vorübergehend nicht in der Arbeitswelt sind, sich diesem Prinzip entziehen? In jedem Beruf wird man gefordert und gefördert. (C)

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Dann fördern Sie doch einmal!)

Warum soll dieses gesellschaftlich anerkannte Prinzip für Menschen im Rahmen des Bezuges von SGB-II-Leistungen nun nicht mehr gelten? Abgesehen davon – das haben meine Vorredner schon gesagt –: Hat die Solidargemeinschaft nicht ein Recht darauf, dass die Menschen, die der Hilfe bedürfen und Geld von und aus der Solidargemeinschaft erhalten, aktiv einen Beitrag leisten, so wie sie es können?

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir reden hier schließlich von Geld, das Menschen für Menschen, die Unterstützung benötigen, erst einmal erwirtschaften müssen.

Zum anderen reden wir hier nicht von unmöglichen Regeln. Es geht darum, sich an Verabredungen zu halten, Termine einzuhalten. Inzwischen werden sogar, wie wir wissen, Erinnerungs-SMS versendet. Also, mich hat morgens noch nie jemand daran erinnert, dass ich zur Arbeit gehen soll.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Den Mitarbeitern in den Jobcentern steht ein großes Repertoire an verschiedenen Instrumenten zur Verfügung. Die Mitarbeiter in den Jobcentern setzen diese auch verantwortungsvoll ein. (D)

(Zuruf von der LINKEN)

Kurz zum Thema Sanktionen. Wir haben die aktuellen Zahlen aus dem Jahr 2013 gehört. 3 Prozent der Leistungsbezieher im SGB II sind überhaupt von Sanktionen betroffen. Das heißt im Umkehrschluss: 97 Prozent der Leistungsbezieher sind nicht betroffen.

(Katja Kipping [DIE LINKE]: Sie leiden unter der Androhung!)

Sie stellen diese Sanktionen als Massenphänomen dar; Sie wollen die Menschen dies glauben machen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ihr Lied mit der Forderung nach einer bedingungslosen Grundsicherung – das Sie auch noch soziale Gerechtigkeit nennen – hat in dieser Form gar nichts mit dem Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, an der sich unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung erfolgreich orientiert, zu tun. Wohlstand per Gesetz gibt es nicht. Wohlstand wird, flankiert von entsprechenden gesetzlichen Rahmenbedingungen, erarbeitet. Das war immer so, und das wird auch immer so bleiben.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch wenn bald Weihnachten ist und Sie meinen, Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Die Linke, das Märchen vom Sterntaler erzählen zu müssen – Sie wissen, das arme Mädchen, das die Schürze aufhält, in die

**Christel Voßbeck-Kayser**

- (A) die goldenen Taler hineinfallen –: Das glauben ja nicht einmal Ihre eigenen Kollegen, wie wir in den letzten Tagen in den Medien lesen konnten. Viele aus Ihrer Partei glauben nicht an Ihr Märchen vom bedingungslosen Grundeinkommen, weil es nicht bezahlbar ist.

(Beifall des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU] – Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Das steht in dem Antrag auch nicht drin, Frau Kollegin! – Weiterer Zuruf von der LINKEN: Sie wissen, ehrlich gesagt, gar nicht, was das ist!)

Deshalb mein Vorschlag zum Ende: Bringen Sie sich doch mal im neuen Jahr mit einer neuen Platte zu den Themen „SGB-II-Leistungen“ und „arbeitsmarktpolitische Maßnahmen“ konstruktiv in unsere gemeinsame Arbeit ein!

Den Rest meiner Redezeit schenke ich dem Deutschen Bundestag. Ich wünsche uns allen schöne Weihnachten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Vielen Dank. – Als letzter Redner in dieser Debatte spricht jetzt Ewald Schurer von der SPD.

(Beifall bei der SPD)

**Ewald Schurer (SPD):**

- (B) Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Wenn wir heute diese Debatte führen – es ist kein Fehler, kurz vor Weihnachten inhaltlich über den Arbeitsmarkt zu reden –, dann muss man konstatieren: Wir hatten vor einem Jahrzehnt in der Tat größere Probleme am Arbeitsmarkt. Damals traf der Begriff „Massenarbeitslosigkeit“ eher zu, da sich die Situation dramatisch dargestellt hat. Ich konstatiere auch: Der Druck, eine Arbeitsmarktreform durchzuführen, war damals in der Tat groß. Wie auch immer Sie es bewerten: Der Deutsche Gewerkschaftsbund bzw. das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut der Hans-Böckler-Stiftung hat damals festgestellt, dass durch die Sozialhilfeintegration fast 800 000 Menschen im Vergleich zu vorher bessergestellt worden sind und überhaupt erst wahrgenommen wurden, was den Arbeitsmarktbereich und die Integration in die Gesellschaft anbelangt.

(Beifall bei der SPD)

Es gab in der Tat auch Verwerfungen durch diese Reform. Ich gebe ganz ehrlich zu: Ich glaube, die Reform ist damals mit heißer Nadel gestrickt worden. Der Chefindustrieingenieur, Peter Hartz, hat Jahre später selbst gesagt, dass er nicht nur handwerkliche Fehler sieht, sondern auch strukturelle Fehler; er hat es offen zugegeben. Er wünschte sich, dass bei der Dualität aus Fördern und Fordern der Aspekt des Förderns stärker berücksichtigt wird. Diese Verwerfungen möchte ich hier ganz offen konstatieren.

Dennoch: Die Reform war unter den damaligen gesellschaftlichen Umständen notwendig; das Übrige habe ich dazu gesagt.

(C) Man darf aber auch, werte Freundinnen und Freunde auch der Linken, nicht vergessen: Der Arbeitsmarkt ist in den letzten zehn Jahren nicht nur von der Hartz-IV-Reform geprägt gewesen – von ihren guten und vielleicht auch verbesserungswürdigen Tatbeständen –, sondern es gab auch massive strukturelle und inhaltliche Veränderungen. Menschen mit niedriger Qualifikation, denen die Bildungsvoraussetzungen fehlen, tun sich heute in einer Wirtschaft, die ständig nach mehr Qualifikationen, nach mehr beruflicher Bildung verlangt, signifikant schwerer, mitzuhalten. Deswegen sind Fördermaßnahmen aller Art auf dem jeweiligen Qualifikationsniveau für die Menschen von größter Bedeutung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Wir machen da jetzt etwas, auch wenn es – das gebe ich gerne zu – nur Modellbausteine sind, einmal mit 30 000, einmal mit 10 000 Menschen. Das ist der richtige Weg.

Man darf auch nicht vergessen, dass wir, nachdem es unter der damaligen Sozialministerin – ich will hier höflich sein – einen relativen Kahlschlag im Bereich der Jobcenter gab, gemeinsam mit der CDU/CSU versuchen, die Ausstattung der Jobcenter mit Mitteln in Höhe von viermal 350 Millionen Euro, sprich 1,4 Milliarden Euro – ich sage das auch als Haushälter für den Bereich Arbeit und Soziales –, deutlich zu verbessern.

(Beifall bei der SPD)

Das reicht noch nicht; aber wir sind da in struktureller Hinsicht auf dem richtigen Wege.

(D) Ich will es in diesem letzten Debattenbeitrag auf den Punkt bringen: Wir brauchen jetzt ohne Wenn und Aber – das hat Peter Hartz selbst moniert – klare Konturen im Werkvertragswesen und im Leihvertragswesen. Die Ministerin – da bin ich ihr dankbar; die Staatssekretärin hört es sicherlich mit Überzeugung – hat angekündigt, dass die SPD und die Union im Jahr 2015 beim Kampf gegen den Missbrauch und das Ausfluten im Werkvertragswesen klare Konturen schaffen wollen,

(Beate Müller-Gemmeke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch auf 2016 verschoben!)

um den ursprünglichen Charakter der Werkverträge wiederherzustellen; denn Werkverträge sind nicht für Massenbeschäftigung gedacht.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Heinz Wiese [Ehingen] [CDU/CSU])

Was die Leiharbeit angeht, hat Peter Hartz damals deutlich beschrieben, dass die Öffnung zu Beliebigkeit am Arbeitsmarkt geführt hat und kontraproduktiv war. Es hat den Menschen in der Tat nicht geholfen. Wir brauchen auch bei der Leiharbeit künftig klare Konturen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Die Auswirkungen der Einführung des Mindestlohns – davon bin ich fest überzeugt – werden von den Linken aus rein rhetorischen und strategischen Gründen eindeutig unterschätzt. Schauen Sie sich mal an, mit welcher Unvernunft ein Teil der Wirtschaft bzw. der Unter-

**Ewald Schurer**

- (A) nehmen heute schon, vor dem 1. Januar 2015, versucht, den Mindestlohn zu unterlaufen. Mir war immer klar: Ein Mindestlohn in Höhe von zunächst einmal 8,50 Euro wird nicht automatisch in allen Kreisen der Wirtschaft Gefallen finden, vor allen Dingen bei denen, die ihn inhaltlich und intellektuell nicht verstanden haben.

Mir geht es letzten Endes darum, klarzumachen: Es gehört zur Würde aller Menschen, dass sie von ihrer Arbeit – zumindest in der Regel – auch leben können. Das ist auch eine Voraussetzung für die Integration in unsere Gesellschaft. Dass wir diese Philosophie gemeinsam mit den Freunden der Union durchsetzen, das ist schon ein Paradigmenwechsel in unserer Gesellschaft,

(Beifall bei der SPD)

der in Zukunft noch ausgebaut werden muss.

Als Haushälter habe ich zusammen mit dem Kollegen Axel Fischer dafür gesorgt, dass die Mindestlohnkommission von einer Geschäftsstelle unterstützt wird. Auf der Grundlage der Arbeit von Wissenschaftlern ist die Mindestlohnkommission in der Lage, alle Folgeentwicklungen zu evaluieren: Wie wirkt sich der Mindestlohn auf Tarifverträge aus? Wie kann sichergestellt werden, dass der Mindestlohn nicht unterlaufen werden kann? Wie wird sich der Mindestlohn auf die Steuereinnahmen und die Sozialsysteme auswirken? Eine Evaluierung dieser Themen ist eine enorm wichtige Aufgabe.

Es geht darum, dass der Mindestlohn nicht statisch ist, Frau Präsidentin, sondern sich mit der Dynamik in unserer Gesellschaft entwickelt. Nur so können die Menschen von ihrer Arbeit auch wirklich leben. Das zu erreichen, wäre, zusammen mit der Begrenzung des Missbrauchs von Werkverträgen und Leiharbeit, das größte Ziel. Dann würde es wieder möglich, die Menschen in unsere Gesellschaft zu integrieren, und zwar durch gute Arbeit, was das Thema der heutigen Debatte war.

- (B) Herzlichen Dank.  
(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:**

Wie Sie sehen, ist die Geduld der Präsidentin auch nicht statisch, sondern dynamisch. Das war schon eine kleine Geduldssprobe, lieber Kollege.

(Ewald Schurer [SPD]: Ich danke Ihnen! – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Aber da es im Sinne der Debatte ist, einen Gedanken vollständig auszuführen, habe ich es zugelassen, dass sie ein bisschen länger reden.

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird die Überweisung der Vorlage auf Drucksache 18/3549 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann ist die Überweisung so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 24 a und 24 b auf: (C)

- a) Beratung des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und SPD

**Regionale Wirtschaftspolitik – Die richtigen Weichen für die Zukunft stellen**

**Drucksache 18/3404**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)  
Innenausschuss  
Finanzausschuss  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur  
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
Ausschuss für Tourismus  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Ausschuss Digitale Agenda  
Haushaltsausschuss

- b) Beratung der Unterrichtung durch die Bundesregierung

**Koordinierungsrahmen der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ ab 1. Juli 2014**

**Drucksache 18/2200**

Überweisungsvorschlag:  
Ausschuss für Wirtschaft und Energie (f)  
Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft  
Ausschuss für Tourismus  
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Haushaltsausschuss

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre dazu keinen Widerspruch. Dann ist das auch so beschlossen. (D)

Wenn die Kolleginnen und Kollegen sich jetzt gesetzt haben, kann ich die Aussprache eröffnen, und wir können die Debatte beginnen.

Als erste Rednerin in der Debatte erhält Andrea Wicklein von der SPD das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Andrea Wicklein (SPD):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute beraten wir den Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und SPD „Regionale Wirtschaftspolitik – Die richtigen Weichen für die Zukunft stellen“. Kern der regionalen Wirtschaftspolitik ist die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“, GRW, zur Unterstützung strukturschwacher Regionen. Wir, die Koalitionsfraktionen, bekennen uns mit unserem Antrag zu diesem bewährten Förderinstrument.

Die GRW ist eine Erfolgsgeschichte. Allein zwischen 1991 und 2013 wurden mit 45 Milliarden Euro GRW-Mitteln Investitionen der gewerblichen Wirtschaft in Höhe von sage und schreibe 239 Milliarden Euro ausgelöst. Dadurch wurden 1,2 Millionen Arbeitsplätze geschaffen sowie über 2,3 Millionen Arbeitsplätze gesichert.